

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-62727](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-62727)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in 1/2 Bogen. Der Vorauszahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Dienstag, den 18. September 1849.

№ 75.

Die Ansprache der Staatsregierung

vom 10. September 1849.

Diese Ansprache an „Unser getreues Volk“ ist in Wahrheit ein merkwürdiges Aktenstück in der Unterdrückungsgeschichte der Erhebung des deutschen Volkes, wie wir sie im Jahre 1848 erlebt haben; sie ist ein bewundernswürdiges Aktenstück in der Kunst, Thatsachen auszubeuten, ohne der Buchstabenwahrheit entgegenzutreten; sie ist vollendet im Vergessen oder Uebersehen Desjenigen, was den Absichten der Ansprache entgegenzutreten geeignet sein könnte. Wir wollen ihr Schritt für Schritt folgen, und es den Lesern überlassen, unser Urtheil über diese Staatschrift zu bestätigen oder zu verwerfen.

Das „getreue Volk“ soll die Gründe kennen, welche seine Regierung bewogen, dem Preußenbündnisse beizutreten. Ich meines Theils kenne keine Gründe, doch ich gehöre vielleicht nicht zu den Getreuen, aber ich habe auch von den Getreuen noch keinen Grund gehört, der die Regierung bei ihren Entschlüssen geleitet haben kann. Ich kenne einen Grund, aber den wird die Regierung selbst nicht kennen, es ist die Angst vor dem freien Volk, die Angst, daß das Volk fortfahren werde darauf zu bestehen, die Regierung solle des Volkes wegen da sein; der Fürst sei der erste Beamte des Volkes; die Staatseinkünfte seien allein zum Besten des Volkes zu verwenden; die Leppigkeit nach oben hin gereiche dem Volke nicht zum Nutzen, müsse also vom Volke auch nicht bezahlt werden, und was der Dinge mehr sind. Gegen diese Befürchtungen, um so dringender, als ein in seinen meisten Theilen tüchtiges Staatsgrundgesetz dem Volke die trefflichsten Mittel in die Hände giebt; um so gefährlicher, als die volksfreundlichen Ideen durch Presse und Vereinsrecht täglich tiefer in die Massen dringen; gegen diese Befürchtungen, ihrer Verwirklichung um so näher, als im ganzen deutschen

Volke das Bewußtsein wirkt, daß es nur durch die Freiheit zur Einheit gelangt, war ein Bündniß mit Preußen? — nein mit den Säbeln der preussischen Officiere nothwendig; denn die Bajonette gehören schon zur Hälfte uns. Wenn ihr es nicht wißt, wenn unsere Regierung es nicht weiß, die Erfahrung wird es lehren, das preussische Bündniß ist ein Blendwerk der Einheit, die Unterdrückung der Freiheit und der Hort der dynastischen Zerspaltung Deutschlands. Jede Zeile des Bundesvertrages redet dafür das lebendigste Zeugniß, jede Zeile spricht von dem gegenseitigen Schutze der Fürsten gegen das Volk. Und dennoch sind diesem Bündnisse 25 Millionen Deutsche in 24 Staaten beigetreten? Das sagt die Ansprache nicht, sie sagt nur 24 Staaten mit mehr als 25 Millionen Menschen. Gut gesagt „Menschen“, Metternich würde gesagt haben „Seelen“; denn von Deutschen kann in dem Bündnisse keine Rede sein. Es ist ein Bündniß der Fürsten und die beherrschen nicht Deutsche, sondern nur Menschen, resp. Slaven, die zufällig dem deutschen Völkerstamme angehören. Also 25 Millionen Menschen in 24 Staaten und zwar 16 Millionen Preußen, 400,000 Reffenburger, 1,500,000 Hessen, 400,000 Nassauer, 250,000 Braunschweiger, eben so viel Weimaraner und — und das sind sie, wenn man die noch kleineren Staaten abrechnet, alle. Im Ganzen, außer den 16,000,000 Preußen, höchstens 3 Millionen. Aber Sachsen und Hannover? haben sich nicht anders angeschlossen als Oldenburg vor dem Monate September, nur daß ihnen rücksichtlich des vorläufigen Bündnisses ganz besondere Rechte eingeräumt sind. Aber Baden? Dort hat sich außer dem Großherzoge Niemand angeschlossen, das Land steht unter dem Drucke preussischer Säbel. Die übrigen 6 Millionen der Staatsregierung sind nirgends zu finden als in der Ansprache, und da werden sie auch wohl noch für's Erste bleiben.

Im Sinne der deutschen Nation will die Regierung den noch einzig möglichen Weg zur deutschen Einheit betreten haben, indem sie gegen den Ausspruch der Vertreter eines Theils dieser Nation dem Berliner Bündnisse beitrith. Wo hat denn diese Nation ihren Sinn erklärt, etwa in Gotha, wo an die 200 „Ausreißer“ aus Frankfurt ihrer dünkelfastesten Professorenarroganz und ihrer feigen Thatenlosigkeit die Krone aufsetzten? oder in den Kammern vormärzlicher Zusammenfügung in den beiden Hessen u. s. w.? oder in jener zweiten Kammer Preußens, entstanden durch Rebellion von oben und Fehler von unten, einer Kammer, die anerkannter Maßen nur die Minderheit des Volks vertritt? oder gar in den Blättern, welche von dem Salzbad der deutschen Dintenkleber, den Genossen jener Gothaer angefüllt sind? Sind das die Quellen, aus denen das Ministerium seine Ansichten über den Sinn der deutschen Nation geschöpft hat? Der Trank wird ihm schlecht bekommen, die Quellen sind faulig. Beruft Euch nicht auf den Sinn der Nation, wenn Ihr in Eurem eignen Sinn handelt. Beruft Euch dann ferner nicht auf Befürchtungen vor Gefahren von außen, an die Ihr nicht glaubt. Welche Gefahren drohen Oldenburg in seiner Isolirung; welche Ansprüche werden an Oldenburg in der tiefbewegten Zeit gemacht; welche Vortheile könnten Oldenburg entgehen, wenn ihm der Sitz im Verwaltungsrathe fehlt, wo es nie eine Stimme haben wird? Niemand glaubt daran, daß Oldenburgs Dasein vom preussischen Bündnisse abhängt. Die kleinen italienischen Staaten haben keine Bündnisse und bestehen; so auch Holland und Belgien, obgleich von mächtigen Nachbarn umgeben. Sie bestehen durch die politischen Verhältnisse, und wenn diese unsern Untergang verlangen, hilft uns das preussische Bündniß grade so viel als ein Bündniß mit dem Kaiser von Marokko. Ebenso wie es sich mit dem Bestehen verhält, verhält es sich auch mit den Anforderungen, die man an uns in tiefbewegter Zeit stellen könnte. Die Berechtigung sie zu stellen und die Nothwendigkeit sie zu erfüllen bestimmt sich nicht nach Bündnissen, sondern nach ganz anderen politischen Kräften. Und was nun gar unsere Vortheile anlangt, die wir vernachlässigen könnten, so kann doch nur von Vortheilen die Rede sein, deren Zuthellung in der Hand des Verwaltungsrathes liegt. Ich kann es nicht glauben, daß das Ministerium an das alberne Märchen glaubt, welches uns von mehreren Mitgliedern der Minderheit des aufgelösten Landtages aufgetischt wird, der oldenburgische Kriegshafen für die deutschen Kriegsschiffe sei in Gefahr, für die Kriegsschiffe, deren Mannschaft vor wenigen Tagen auf die Frankfurter Centralgewalt

beidigt ist. Der ausgesprochene Zweck des vorläufigen Bündnisses, dem der Verwaltungsrath vorsteht, in dem uns ein Stimmrecht für den Fall des Beitritts so gut wie verweigert wurde, ist kein anderer, als der des deutschen Bundes, das Unrecht der Fürsten gegen die Völker zu schügen. Von Vortheilen der Völker ist nirgends die Rede, als wo es sich um den berüchtigten Entwurf einer Reichsverfassung handelt; von Handel und Gewerbe, von Straßen und Kanälen keine Spur. Der Verwaltungsrath und das vorläufige Bündniß rücken nach den Brandstätten Dresdens und dem Blute der gemordeten Badenser. Welche Vortheile sind da zu versäumen als Belagerungszustand mit Willkür und Standrecht, welche Anforderungen sind zu vermeiden, als nicht inne zu halten mit der Bildung des zweiten Procentes Militär; welche Isolirung ist zu fürchten, als die Isolirung eines freien Staates, während rings die deutschen Stämme unter das Joch des Absolutismus gebeugt werden. That der Landtag recht, dies Bündniß abzulehnen, so lange keine zwingende Nothwendigkeit oblag? Denn er lehnte nur „zur Zeit“ ab.

Die Staatsregierung spricht freilich nur von einer Ablehnung, ohne hinzuzufügen „zur Zeit“, von einer Ablehnung durch 21 Stimmen gegen 20. Die zwanzig Stimmen, sagt sie, waren für uns, die 21 Stimmen waren sich uneins in ihren Gründen, und nun frischweg den Landtag aufgelöst, um an's Volk zu appelliren, und inzwischen sich unbedingt dem Berliner Bündnisse anzuschließen. So die Ansprache. Denn wenn auch der unbedingte Anschluß daraus nicht wörtlich hervorgeht, eines Theils entspricht eine solche nur den bisherigen Verhandlungen in Berlin und dem Antrage der Regierung beim Landtage, andern Theils würde man gestellte Bedingungen nicht verschwiegen haben, da die Regierung sehr wohl weiß, daß unter den 20 höchstens 4 bis 6 Stimmen für den unbedingten Anschluß waren. Und dennoch beruft sich die Regierung auf die ganze Minderheit. Wie schnell sich die Vorausssicht des Centralausschusses gerechtfertigt hat; das Ministerium werde eine bedingte Zustimmung als eine unbedingte entgegennehmen oder sie einer ablehnenden gleich achten. Etwas ist geschehen, und giebt uns von Neuem die Lehre, daß Wahrheit nur ausgebeutet wird, um vernichtet zu werden, sobald man sie nicht mehr gebrauchen kann. Was wird die Minderheit thun? Wenn sie ein Fündchen Ehrgefühl im Leibe hat, muß sie gegen die Ausbeutung des Ministeriums protestiren, um wieder gut zu machen, was sie in ihrer Blindheit schlecht gemacht hat. Wenn nicht, so bleibt dem Volke nur übrig anzunehmen, die Minderheit habe nicht sich, sondern das Volk getäuscht.

Allein zurück zum Ministerium, das sich vergeblich auf eine große Minderheit stützen will, das wissen muß, daß sein Antrag auf unbedingte Ratifikation höchstens 6 Stimmen gehabt haben würde. Es wirft der Mehrheit Verfahrenheit in den Gründen der Abstimmung vor. Das Volk urtheile selbst, indem es den Ausschußbericht zur Hand nimmt. Ausgehend von der Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung weist der Ausschuß durch zwanzig und mehr Gründe nach, daß ein Abgehen vom Rechtsboden durch die Umstände, durch Vortheile oder Nachtheile nicht geboten, und deshalb rechtlich unmöglich sei. Wenn dagegen einzelne Redner der Mehrheit diesen oder jenen Grund als den für sie hervorzuhebenden herausheben, wenn ihnen andere Gründe mehr unterstützend als maßgebend erschiene, so kann das der einheitlichen Auffassung wie sie im Ausschußberichte niedergelegt ist, keinen Abbruch thun. Ja, selbst die Redner der Abgeordneten aus der Mehrheit ergänzen sich gegenseitig in der Weise, daß auch aus ihnen den Ausschußbericht ausgezogen werden könnte. Von Widersprüchen ist nichts zu finden; wo bleibt also die Verfahrenheit in der Begründung. Nun, sagt endlich die Regierung, dann ist die Mehrheit uns wenigstens den Wegweiser zur deutschen Einheit schuldig geblieben. Sie ist ihn nicht schuldig geblieben; mehr als einmal ist es gesagt, die Freiheit des Volkes sei der Führer zur deutschen Einheit. Und will die Regierung den Weg noch genauer wissen, sie findet die Antwort in den Reden der Mehrheit, es ist der constitutionelle Weg. Volk und Regierung mögen gemeinsam einen zweiten Reichstag beschicken, der über das Schicksal Deutschlands entscheide. Aber diesen Weg wollen die Regierungen nicht und ihren Weg will das Volk nicht. So wird es dahin kommen, wohin der dauernde Zwiespalt führen muß, zur Vernichtung des einen oder anderen Theils. Vorläufig aber wird die Regierung Recht behalten, weil sie die Macht hat. Darum hätte sie auch nicht nöthig gehabt, sich auf neue dringliche Umstände zu berufen, von denen Niemand weiß und an die Keiner glaubt.

Ich schreibe, wie die Regierung, mit dem Wunsche, daß sich das Volk zahlreich und eifrig bei den bevorstehenden Wahlen betheilige, und nur denen seine Stimme gebe, die es als die Vertreter seiner Interessen und als Männer von politischer Einsicht kennt; daß es seine Stimme aber denen entziehe, die sich selbst oder das Volk täuschen, um der Regierung willfährig zu sein, denen es an politischer Einsicht mangelte, das zu sehen, was dem Auge Jedermanns offen lag.

Gemeinde- und Kreis-Ordnung.

In Nr. 68. bis 70. der Neuen Blätter wird ausgeführt, der Entwurf der Gemeinde- und Kreis-Ordnung könne nicht zum Gesetze erhoben werden, weil unsere Gemeinde-Mitglieder d. h. wir Odenburger, zu wenig verständig und gebildet seien, um die Angelegenheiten der Gemeinden, ohne obervormundschaftliche Aufsicht der Behörden, verwalten zu können.

Nun, das ist eine Ansicht, über die sich streiten läßt. Was soll man aber sagen, wenn im „Volksfreunde“ Nr. 72. ausgesprochen wird:

diese Artikel seien mit Geist und Sachkenntnis geschrieben und verdienen in hohem Grade Beachtung. Man empfehle sie namentlich den Kirchspiels-Ausschüssen, die jetzt ihr Urtheil über die Gemeinde-Ordnung abzugeben haben, als die Grundlage einer in den wichtigen Gegenstand eindringenden Kritik.

Was ist hier größer, die Artigkeit oder der Scharfsinn, der Geist oder die Sachkenntnis?

Den Kirchspiels-Ausschüssen, also den Auserwählten der Gemeinden, werden Artikel dringend empfohlen, worin ihre politische Unmündigkeit behauptet wird, und dabei wird versichert, daß der Verfasser den Nagel auf den Kopf getroffen habe. Gewiß, das ist aufrichtig, artig!

Und zu welchem Zwecke geschieht diese Empfehlung? — Um den Kirchspiels-Ausschüssen eine Grundlage zu geben für eine in den wichtigen Gegenstand eindringende Kritik! — Sind das nicht Widersprüche: Unmündigkeit, Unfähigkeit und — in den Gegenstand eindringende Kritik?

So lernen wir die wahren Volksfreunde kennen. Schade wärs, wenn jene drei geist- und sachkenntnisreichen Artikel nicht besonders abgedruckt und mit den wöchentlichen Anzeigen vertheilt würden. Die Kosten würde der Landtag gewiß gerne bewilligen.

Uebrigens ist es wohl nur ein Mißverständnis, wenn in der volksfreundlichen Empfehlung geäußert wird, daß die Kirchspiels-Ausschüsse ihr Urtheil über die Gemeinde-Ordnung jetzt abzugeben haben. Das würde unterer Meinung nach heißen im Sinne des Volksfreundes:

der Landtag allein ist nicht befähigt, die Sache zu beurtheilen; wir müssen daher wenigstens versuchen, ihre Selbstbekenntnisse der am wenigsten unfähigen über die Unmündigkeit der übrigen Mitglieder der Gemeinden vorzulegen.

Oder soll etwa das vormärzliche Institut der Kirchspiels-Ausschüsse practisch erhalten werden in dem Sinne, wie Herr v. Radowik die Rückkehr zum alten Bundestage als möglich in Aussicht stellt?

Wir erwarten, die Kirchspiels-Ausschüsse werden, ihre Stellung erkennend, das geforderte Gutachten ablehnen und an den Landtag verweisen. Uebrigens werden sie auch wissen, daß die Grundlage des Entwurfs der Gemeinde- und Kreis-Ordnung durch §§. 62. bis 69. des Staatsgrundgesetzes bereits zum Gesetze erhoben ist! Sollten wohl die Neuen Blätter und der Volksfreund die Unrichtigkeit dieser letzten Ansicht für so unzweifelhaft ansehen, daß sie eine Widerlegung für unnöthig hielten? Güten wir uns vor solchen Lehrern und Rathgebern! — Wer für Angelebte schreibt, sollte es am wenigsten unterlassen, uns die Zweifel und Bedenken gegen die von ihm vertheidigte Sache hervorzuheben, zu beleuchten und zu widerlegen. Nur auf diese Weise wird ein richtiges Urtheil und ein freier Entschluß bewirkt; aber — das paßt oft nicht in den Kram!

Cloppenburg 1849, Septbr. 12.

(Halt! wir sind nicht)

Willkommen
Herr Pastor von Lindern.

Spr. Salomonis Cap. 19. V. 10.
Delmenhorst. Judas, Patriot.

Unser Kriegshafen.


Aus Frankfurt, wo die deutsche Centralgewalt sich noch nicht „verzogen“ hat, wie die Freunde des preussischen Rückschritts es wünschen, daß sie es thäte, berichtet die lithographische Correspondenz:

Der Marinemath Jordan ist nach Hannover gesandt worden, um die Angelegenheit wegen einseitiger Uebernahme der deutschen Marine von Seiten Hannovers (!) zu fördern. Von dort soll er sich, im Auftrage des Marine-Ministeriums nach England begeben, um das für jenes neu erbaute Dampfschiff „Gora“ zu übernehmen und dasselbe definitiv: „Der königliche Ernst August“ taufen zu lassen.

Da haben wir's! Das sind die Folgen unsres Anschlusses an das Berliner Bündniß. Wir hatten die deutschen Kriegsschiffe, wir hätten sie behalten können und mit ihnen den Anfang zum Kriegshafen, wenn wir treu geblieben wären. Wir sind abgefallen; jetzt bekommt Hannover die Schiffe und Hannover hat auch gute Gelegenheit zu einem Kriegshafen. O die klugen Zwanziger!

Einem zum Landtags-Abgeordneten erwählten Staatsdiener

kann der Urlaub nur unter Zustimmung des Landtages verweigert werden, und in den Fällen, wo man diese Zustimmung zu erlangen hoffte, hat man bisher damit kein Glück gehabt; den Abg. Böckel und v. Lindern hat der Urlaub, wenn auch noch so widerwillig, bisher ertheilt werden müssen. Aber v. Lindern ist als Hülfsprediger und Rector der Schule in Delmenhorst nur provisorisch angestellt, das heißt: man kann ihm diesen Dienst nach Belieben kündigen. Auf diesen Grund ist diesem Manne, der sich nun schon auf zwei Landtagen als ein Mann des Volks bewährt hat und welcher dadurch allerdings Manchem mißliebiger geworden ist, eröffnet worden, daß er entweder sich verpflichten müsse, die Wahl zum nächsten Landtage auszuschlagen, oder sich darauf gefaßt zu halten habe, seine Stelle zu verlieren. Pflichten gegen Weib und Kind können den Familienvater, welcher zu einem anderen Broderwerb in unserm kleinen Lande nicht leicht Gelegenheit finden möchte, allerdings dazu zwingen, aus der Reihe unserer Landesvertreter auszutreten. Aber das Land wird dessen gedenken bei den Wahlen zum nächsten Landtage! und je

 Bestellungen aus dem Lande auf das mit dem 1. October beginnende neue Quartal des „Beobachters“ bittet man baldigst bei Großh. Postamts-Zeitungs-Expedition hier zu machen, indem dieselbe sonst nicht für die Lieferung der vollständigen Nummern einsteht.

Redacteur: Wilhelm Calberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

(Hierzu ein Beiblatt.)

unerhörter so etwas bisher im Oldenburger Lande war, um so mehr möchten unsre Wahlmänner darauf Bedacht sein, anstatt des einen Oppositionsmannes mehr als einen wieder in den Landtag hineinzusetzen. Freilich, das Wohl der Delmenhorster Schule soll auch beachtet werden. Aber woraus besteht denn diese Schule? Wenn wir recht unterrichtet sind, aus 6 Knaben und 6 Mädchen. Das ist denn doch recht wenig, wenn es sich darum handelt, ob ein ganzer Kreis seinen Vertreter haben soll oder nicht; und zu v. Linderns Amtsvertretung ist ein in Delmenhorst sehr beliebter, vollkommen tüchtiger Lehrer zur Hand und jetzt in Thätigkeit. Ist's also ein Parteimanöver, so wird es mißlingen und im Lande nur die Ueberzeugung befestigen helfen, daß es Noth thut, v. Linderns Partei im nächsten Landtage noch zu verstärken.

Zur Vinderung des Glends

der deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz sei jedem warm sühlenden von Vaterlandsliebe und Freisinn befehlten Oldenburger, als Deutschen, der Aufruf des ehemaligen badischen Dictators A. Goegg in Nr. 253. der Zeitung für Norddeutschland — aufs dringendste zur Beherzigung und Betätigung empfohlen, namentlich auch den Kreisen freisinniger Männer, die sich in diesen Tagen in unserm Lande Behuf der Besprechung der bevorstehenden Wahlen zusammenfinden werden, von

einem Menschenfreunde.

Zur Entgegennahme und Weiterbeförderung auch der geringsten Gabe erklären wir uns gern bereit.

Der Beobachter.

Erklärung.

Um Mißdeutungen zu begegnen, erkläre ich hiermit auf das Bestimmteste, daß mir das Redactions-Geschäft des „Beobachters“ fern liegt und ich damit in keinerlei Berührung komme, und daß nur der Redaction allein die Verantwortlichkeit des „Beobachters“ zufällt.

Gerhard Stalling.

Berichtigung.

In dem Artikel „Blößen“ in Nr. 72. ist in dem Griechischen das Wort *περι* ausgelassen.

Einsendungen werden unter der Adresse:

An die Redaction des Beobachters in Oldenburg in der Verlagshandlung von Gerhard Stalling unfrankirt angenommen.

Neden über den Anschluß an das Berliner Bündniß.

a) Des Abg. v. Lindern.

Wenn es sich heute darum handelt, ob wir den Antrag der Staatsregierung annehmen sollen oder nicht, so muß dreierlei wohl ins Auge gefaßt werden, nämlich erstens, ob das Bündniß, das uns geboten wird, mit allem was es uns bringt, auch dem Interesse des deutschen Volkes entspricht, ob es dem Oldenburger Lande wesentliche Vorteile zuwendet oder nicht; — zweitens ob wir Vertrauen haben können zu denen, mit welchen wir einen Vertrag schließen, daß sie denselben bewahren, daß sie sorgen werden für die Freiheit, den guten Namen der deutschen Nation gegen das Ausland. Drittens haben wir die Frage zu beantworten, ob wir vielleicht durch Verhältnisse, durch unsere Lage und Umstände gezwungen sind, trotzdem daß wir die erste und zweite Frage verneinen müssen, dem Bündniße dennoch beizutreten. Wenn wir nicht darüber klar geworden sind, können wir uns nicht entschließen zum Ablehnen oder Annehmen. Sie werden mir erlauben, meine Herren, auf diese drei Punkte Rücksicht zu nehmen. Ich komme auf die Frage, bringt das Bündniß dem deutschen Volke und unserm Lande wesentliche Vorteile? Alle Redner vor mir haben es vergessen, oder sie haben es nicht gewollt, auch die schönen Seiten dieses Entwurfs zu entfalten, oder darauf aufmerksam zu machen. Ich werde mir erlauben, wenigstens in einigen Punkten die guten Seiten des Entwurfs zu berühren. Es wird uns versprochen, wir sollen ein gemeinschaftliches Maß-, Münz- und Gewichtssystem erhalten und einen gemeinschaftlichen Zollverband. Das ist etwas Großes, etwas Wünschenswerthes, wonach die deutsche Nation sich schon lange gesehnt hat, und wer auf Reisen in Deutschland die Quälereien erfahren hat, denen man ausgesetzt ist, wird, weil es unserm Vaterlande hieran fehlt, beistimmen, es wäre etwas Großes, etwas Wünschenswerthes, wenn wir durch die Annahme des Entwurfs es dahin brächten. Es wäre aber auch in der Politik etwas Schönes, weil durch diese Förderung der Einheit in materiellen Dingen auch die geistige Einheit befördert würde. Ich sage also, es ist schon dieses etwas Großes. Zweitens wird uns im Entwurf versprochen, wir sollen eine gemeinsame diplomatische Vertretung im Auslande haben und es soll das Elend des deutschen Consulatwesens aufhören, es

sollen aufhören die vielen Gesandtschaften an fremden Höfen, die nichts zu vertreten haben, als einige Tausend Menschen des Inlandes in Ländern, wo man über Millionen, vielleicht über 100,000,000 gebietet. Es würde dann England nicht mehr einfallen, die deutschen Kriegsschiffe für Kaperschiffe zu erklären. Drittens stellt uns der Entwurf in Aussicht eine gemeinschaftliche deutsche Flotte und ein gemeinschaftliches Heer. Ist das nicht auch etwas Wünschenswerthes, etwas Großes, wonach wir mit allen unsern Kräften streben müssen? Ja gewiß, es zeigt das schon ein anderes Bild von unserm Volke, als wir es in den letzten deutschen Kriegen gegen Frankreich gesehen haben, wo der Deutsche gegen den Deutschen aufstand und zu Ehren Frankreichs gegen seine deutschen Brüder focht. Das würde aufhören und die Zerrissenheit des Vaterlandes würde hier ihr Ende finden. Es würde fernerhin eine Armee für Deutschlands Ruhm und Ehre einziehen und Deutschlands Flotte auf dem Meere zeigen, daß das schwarz-roth-goldene Banner noch nicht untergegangen ist. Die Vorteile scheinen also groß und mannigfaltig: wenn gleich ich auch nur diese hervorgehoben habe. Sie scheinen, sage ich, denn in der That sind sie es nicht. Was Nr. 1. betrifft, daß wir ein einiges Zoll- und Handels-Gebiet haben sollen, so müssen wir vorerst ausmerzen 7 Millionen Oesterreicher, denen 4 Millionen Baiern nachfolgen und 1 1/2 Million Württemberger sich anschließen lassen. Das ist ein Abzug von 12 Millionen, die sich dem Handels- und Zollverband nicht anschließen werden, und somit wäre der schöne Traum dahin, daß wir in materieller Hinsicht die Einheit erzielten. Nun wird man sagen, es bleibt die diplomatische Vertretung nach Außen; allein wie ist es möglich, sie zu erlangen, wenn wir selbst dahin wirken, daß unser Deutschland in zwei Theile zerrissen wird. Nehmen wir das Bündniß an, und ist damit die Reichsverfassung ins Leben getreten, dann haben wir nicht eine diplomatische Vertretung Deutschlands, sondern eine preussische und österreichische, und Deutschland, auf dessen Ruf sich Alle scharten in Frankfurt, um das einigte Deutschland zu gründen, ist wieder wie ein Traum dahin. Meinen Sie denn, meine Herren, daß wir dann noch ein Heer und eine Flotte haben werden, worauf wir mit Stolz hinweisen könnten? Nein, sondern wir werden das Schwert geschliffen haben, um Deutschland zu zersükkeln, wir werden das Schwert geschliffen haben zum Bruderkrieg, wir werden das Trauer-

